

## IV. ALLGEMEINES LAGEBILD

### 1. Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus stellte im Jahr 2010 keine ernsthafte Gefahr für den Staat bzw. die Verfassung oder eine Bedrohung der inneren Sicherheit dar. Wie in den Vorjahren trat das rechtsextreme Spektrum in Form von einschlägigen Tathandlungen und politisch-ideologisch motivierten Agitationen in Erscheinung. Innerhalb der rechtsextremen Szene agierten unterschiedliche Gruppierungen, die sich sowohl hinsichtlich ihrer Mitglieder als auch ihres Organisationsgrads und ihrer ideologischen Ausprägung sowie in Bezug auf die gesetzten Aktivitäten unterschieden.

Die Entwicklungen im ideologisierten Milieu deuten darauf hin, dass der seit Jahren betriebene Generationswechsel zumindest in Ansätzen bereits umgesetzt wurde. Es ist davon auszugehen, dass die neue Generation sich weniger innerhalb bestehender rechtsextremistischer Organisationen sondern eher konspirativ und kameradschaftlich im Untergrund organisieren wird.

Bei den strafbaren Handlungen spielen die Aktivitäten des organisierten Rechtsextremismus eine eher zweitrangige Rolle. Nur rund ein Fünftel der im Jahr 2010 ausgeforschten Tatverdächtigen war einem rechtsextremen Szenebereich zuzuordnen. Bei der überwiegenden Mehrzahl der wegen rechtsextremer Handlungen angezeigten Tatverdächtigen handelte es sich um Personen, die keiner einschlägigen Szene angehörten.

Die Aktivitäten der diversen rechtsextremen Organisationen und die Zahl ihrer Mitglieder bewegten sich auf dem Niveau der letzten Jahre:

- Exponentinnen und Exponenten der etablierten Neonaziszene agierten hauptsächlich konspirativ und traten in der Öffentlichkeit aktionistisch kaum in Erscheinung, um nicht in den Fokus der Sicherheitsbehörden zu geraten.

- Die noch der Kriegsgeneration angehörenden Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten nutzten die schon seit Jahrzehnten bestehenden einschlägigen politischen Parteien und Vereine, um ihr Gedankengut zu pflegen. Die Aktivitäten dieses Sze-  
nebereichs zeigten im Berichtsjahr eine rückläufige Tendenz.
- Ansätze für die Etablierung eines neuen, von jungen ideologi-  
sierten Kadern geführten aktionsorientierten Neonazismus wa-  
ren evident.
- Daneben existiert aber auch weiterhin ein ideologisch primitiver  
subkultureller jugendlicher Rechtsextremismus, der mit der  
Bezeichnung „Skinheads“ nicht mehr vollinhaltlich erfasst und  
beschrieben werden kann. Typische Skinheadoutfits verlieren  
zunehmend an Bedeutung, die Geisteshaltung wird weniger  
augenscheinlich – sondern eher in Form von bestimmten Klei-  
dermarken – transportiert. Bei diesem jungen Rechtsextremis-  
mus handelt es sich oftmals um eine temporäre  
„Durchgangsszene“. Im Berichtsjahr konnten nur vereinzelt  
Personen festgestellt werden, die sich vom primitiven in den  
ideologisch ausgerichteten Rechtsextremismus weiterentwi-  
ckelt haben.

Rechtsextremistische Etablierungsversuche in der österreichischen Parteienlandschaft, etwa in Form des versuchten Antretens bei Landtags- bzw. Gemeinderatswahlen, konnten von den Behörden unterbunden werden.

Rechtsextremes Gedankengut wurde im Jahr 2010 verstärkt über Szene-Websites – mehrere neue Websites mit Österreichbezug wurden online gestellt – und über Social Networks verbreitet, während periodische Szenedruckwerke weiter an Bedeutung verloren. Durch die Nutzung von ausländischen Servern sowie die Verwendung von Verschlüsselungs- und Verschleierungssoftware versuchen die Betreiberinnen und Betreiber einschlägiger Websites, sich der behördlichen Verfolgung zu entziehen.

### **Statistik**

Generell ist zu beachten, dass kriminalstatistische Kennzahlen und Anzeigenstatistiken keine auch nur annähernde Abbildung der

„Kriminalitätswirklichkeit“ im Sinne der faktischen Verbreitung von strafrechtlich relevanten Verhaltensweisen leisten können. Sie enthalten vor allem Hinweise auf den Behörden zur Kenntnis gelangte Sachverhalte, denen von den Sicherheitsbehörden strafrechtliche Relevanz zugeschrieben wird oder bezüglich derer jedenfalls im Anfangsstadium von Ermittlungen oder polizeilichen Interventionen von einer entsprechenden Verdachtslage auszugehen ist.

### **Tathandlungen**

Im Jahr 2010 sind insgesamt 580 rechtsextremistische, fremdenfeindliche/rassistische, islamophobe, antisemitische sowie sonstige Tathandlungen, bei denen einschlägige Delikte zur Anzeige gelangten, bekannt geworden (2009: 453 Tathandlungen). Eine Tathandlung kann mehrere Delikte mit gesonderten Anzeigen beinhalten. 282 Tathandlungen, das sind 48,6%, konnten aufgeklärt werden; im Jahr 2009 lag die Aufklärungsquote bei 44,2%.

Von den 580 Tathandlungen waren 57,8% rechtsextremistisch, 11% fremdenfeindlich/rassistisch, 4,6% antisemitisch und 1,4% islamophob motiviert. Bei 25,2% der Tathandlungen war eine unspezifische oder sonstige Motivlage hinsichtlich der Tatausführung vorhanden (z.B. Provokationen, Anbieten von NS-Devotionalien auf einem Flohmarkt etc.).

### **Anzeigen**

Im Zusammenhang mit den angeführten Tathandlungen wurden im Jahr 2010 bundesweit insgesamt 1.040 Anzeigen erstattet, um 31,4% mehr als im Jahr 2009. Im Jahr 2009 wurden 791 Anzeigen, welche jedoch mehrere Beschuldigte beinhalten konnten, erstattet.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Seit dem Jahr 2010 erfolgt die statistische Auswertung nach der Anzahl der Beschuldigten, die nach einem einschlägigen Delikt zur Anzeige gebracht werden. Beispiel: In Zusammenhang mit einer Tathandlung werden im Rahmen einer Anzeige fünf Personen nach dem Verbotsgesetz beschuldigt, drei davon zusätzlich noch nach § 283 StGB. Es sind somit acht Delikte zur Anzeige gebracht worden.

Bei den Sachbeschädigungsdelikten handelte es sich überwiegend um Sprüh-, Ritz-, Klebe- bzw. Schmieraktionen von einschlägigen Symbolen oder Parolen an Gebäuden, Kraftfahrzeugen oder anderen Rechtsgütern.

Im Berichtsjahr wurden im Zusammenhang mit 21 einschlägigen Tathandlungen 32 Personen wegen des Verdachts der Körperverletzung zur Anzeige gebracht (2009: 14 Tathandlungen mit 21 angezeigten Personen). Durch fremdenfeindlich/rassistisch oder islamophob motivierte Tathandlungen wurden im Jahr 2010 vier Personen verletzt (2009: zwei).

Anzeigen	2008	2009	2010
Verbotsgesetz	360	396	522
Verhetzung (§ 283 StGB)	73	33	79
Sonstige StGB-Delikte (z.B. Sachbeschädigung, Körperverletzung, gefährliche Drohung)	304	253	380 <sup>2</sup>
Abzeichnungsgesetz	21	40	20
Art. III Abs. 1 Ziff. 4 EGVG	77	69	39
<b>Gesamt</b>	<b>835</b>	<b>791</b>	<b>1.040</b>

<sup>2</sup> Aufschlüsselung der 380 Anzeigen: 262 Anzeigen nach § 125 oder § 126 StGB (Sachbeschädigung), 32 Anzeigen nach § 83 oder § 84 StGB (Körperverletzung), 28 Anzeigen nach § 107 StGB (Gefährliche Drohung) sowie 58 Anzeigen wegen anderer StGB-Delikte.

Österreichweit wurden im Zuge der Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten im Jahr 2010 insgesamt 405 Personen zur Anzeige gebracht (2009: 338 Personen); 22 der angezeigten Personen waren weiblichen Geschlechts. Bei den aufgeklärten Tathandlungen wurden im Berichtsjahr insgesamt 84 Jugendliche, das sind 20,7%, angezeigt (2009: 98 Jugendliche). Von den angezeigten Personen konnten 12 der Skinheadszene, zwei der Neonaziszene, 39 einer sonstigen rechtsextremen Szene, 25 einer überschneidenden oder anderen Szene (z.B. Fußballhooligans, Studentenverbindung) zugeordnet werden. 327 Personen waren keiner einschlägigen Szene zuordenbar oder es war deren Zugehörigkeit unbekannt.

Im Zusammenhang mit der Bekämpfung rechtsextremer Aktivitäten wurden im Jahr 2010 insgesamt sieben Personen festgenommen (2009: vier).

Bei der Internet-Meldestelle NS-Wiederbetätigung sind im Berichtsjahr 290 Informationen und Hinweise eingegangen. Aufgrund von Anzeigen wurden im Jahr 2010 in 38 Fällen weiterführende Ermittlungen durch die LVT durchgeführt.

## 2. Linksextremismus

Die linksextreme Szene umfasst Organisationen mit marxistisch-leninistischer und trotzkistischer Ideologie sowie Gruppierungen mit autonom-anarchistischer Ausrichtung. Sowohl die autonomen Gruppen als auch die Kaderparteien treffen auf eine schwache gesellschaftliche Resonanz und weisen nur geringe Mitgliederzahlen auf. Aufgrund ihrer eingeschränkten Reichweite und ihrer beschränkten Mittel sind linksextremistische Aktivistinnen und Aktivistinnen, trotz evidenter Animositäten und unüberbrückbarer ideologischer Differenzen, anlassbezogen – insbesondere bei Aktionen gegen „Rechts“ – zu befristeten Kooperationen bereit.

Seit geraumer Zeit ist in allen Szenebereichen eine merkliche Entideologisierung erkennbar. Ideologie wird zunehmend durch eine ideologiefreie Form der „Erlebniskultur“ ersetzt. Eine quantitative Zunahme von Protestteilnehmerinnen und Protestteilnehmern mit rudimentärer oder fehlender theoretisch-ideologischer Basis ist evident.

Gefährdungen der öffentlichen Sicherheit ergaben sich im Berichtsjahr vor allem in Form von Gewalttaten bei eskalierenden Protesten und Demonstrationen. Mehrere Landtagswahlkämpfe sowie die Bundespräsidentenwahl waren Auslöser für Proteste von Linksgruppen gegen Parlamentsparteien und deren Kandidatinnen und Kandidaten. Dabei kam es zu Sachbeschädigungen und auch zu tätlichen Auseinandersetzungen und Körperverletzungen. Als schwerwiegendste Straftat wurde im Jahr 2010 eine Brandstiftung an einer Wiener Filiale des Arbeitsmarktservice (AMS) verübt.

Die internationalen Verbindungen der linksextremistischen Szene weisen kein stabiles und strukturiertes Netzwerk auf, sondern basieren primär auf Einzelkontakten. Die Beteiligung österreichischer Aktivistinnen und Aktivisten an Auslandsaktionen und auch die Anreise ausländischer Aktivistinnen und Aktivisten nach Österreich erfolgte im Jahr 2010 auf niedrigem Niveau.

Die zentrale Funktion des Internet für die szeneeinterne Kommunikation und für Propaganda- bzw. Mobilisierungsaktivitäten ist evident und wird durch die Etablierung verschiedener sozialer Netzwerke sukzessive weiter ausgebaut.

### **Statistik**

Das in den letzten Jahren in Verwendung befindliche Erfassungssystem linksextrem motivierter Tathandlungen führte in der Praxis zu Erfassungsdefiziten.

Um dieses Manko zu beheben, wurde das Meldewesen „Linksextremismus“ auf eine neue – sich an der Erfassung, Bewertung und statistischen Aufbereitung der Tathandlungen und Anzeigen im Phänomenbereich „Rechtsextremismus“ orientierende – Basis gestellt. Durch die am 1. Jänner 2010 erfolgte Einführung des neuen Meldesystems konnten somit bislang evidente Unschärfen bei der Erfassung einschlägiger Tathandlungen beseitigt werden.

Ein Vergleich der statistischen Angaben für das Jahr 2010 mit denen der Vorjahre ist aufgrund der Umstellung des Erfassungssystems nicht möglich.

## Tathandlungen

Im Jahr 2010 sind insgesamt 211 Tathandlungen mit erwiesenen oder vermuteten linksextremen Tatmotiven bekannt geworden, wobei eine Tathandlung mehrere Delikte mit gesonderten Anzeigen beinhalten kann. 39 Tathandlungen, das sind 18,5%, konnten aufgeklärt werden.

## Anzeigen

Im Zusammenhang mit den angeführten Tathandlungen wurden im Jahr 2010 bundesweit insgesamt 340 Anzeigen, davon 281 nach dem StGB, erstattet.

Anzeigen	Anzahl
Sachbeschädigung	127
Schwere Sachbeschädigung	53
Diebstahl	2
Schwerer Diebstahl	1
Brandstiftung	4
Widerstand gegen die Staatsgewalt	17
Tätlicher Angriff	4
Landfriedensbruch	10
Störung einer Versammlung	26
Entziehung von Energie	1
Körperverletzung	5
Schwere Körperverletzung	31
Sonstige Anzeigen (SPG, VersammlungsG, WaffenG etc.)	59
<b>Summe</b>	<b>340</b>

Im Zuge der Bekämpfung linksextremer Aktivitäten wurden insgesamt 64 Personen zur Anzeige gebracht; 12 der angezeigten Personen waren weiblichen Geschlechts.

Wie in den letzten Jahren zählten auch im Jahr 2010 primär private und öffentliche Gebäude, Einrichtungen und Objekte von politischen Parteien sowie Organe der öffentlichen Sicherheit zu den Zielen linksextrem motivierter Tathandlungen. Die angezeigten 31 Delikte nach § 84 StGB (schwere Körperverletzung) wurden alleamt gegen uniformierte Einsatzbeamte gesetzt.

### 3. Militante Tierrechtsgruppen

Die Themenbereiche militanter Tierrechtsgruppen umfassten analog zu den Vorjahren auch im Berichtsjahr Proteste gegen den Pelzhandel, die Pharmaindustrie, die Jagd, Tierversuche, Massentierhaltung und Tiertransporte. Der Schwerpunkt der Aktivitäten fokussierte sich jedoch auf den seit März 2010 laufenden „Tierrechtsprozess“. Durch Solidaritäts- und Protestaktionen im In- und Ausland wurde einerseits versucht die Angeklagten in einem positiven Licht darzustellen und andererseits die sicherheitsbehördlichen Maßnahmen bzw. die Justiz zu kritisieren.

Nach einem historischen Tiefstand im Jahr 2009 war im Berichtsjahr generell wieder ein Anstieg von strafrechtsrelevanten Tathandlungen zu verzeichnen. Im Vergleich zum Jahr 2009 war jedoch ein Rückgang von angemeldeten und auch von nicht angemeldeten Kundgebungen evident.

Im Berichtsjahr war festzustellen, dass die Anwerbungen von Aktivistinnen und Aktivisten und die Neugründungen von Organisationen, die eine Affinität zu militanten Tierrechtsgruppen erkennen ließen, stagnierten. Die Qualität der Vernetzung österreichischer und ausländischer Tierrechtsgruppen bewegte sich im Jahr 2010 auf dem Niveau des Jahres 2009. Als zentrales Mittel der Kommunikation hat sich in der Szene das Internet etabliert. Über dieses Medium wird u.a. auch Know-how, wie z.B. Anleitungen zur Herstellung von Brandsätzen, verbreitet.

## Statistik

Im Jahr 2010 konnten Aktivistinnen und Aktivisten militanter Tierrechtsgruppen insgesamt 31 Strafrechtshandlungen zugerechnet werden.

<b>Tathandlungen</b>	<b>2008</b>	<b>2009</b>	<b>2010</b>
Sachbeschädigung	34	1	15
Brandanschlag	0	2	1
Körperverletzung	0	0	0
Sonstige	2	0	15
<b>Gesamt</b>	<b>36</b>	<b>3</b>	<b>31</b>

## 4. Terrorismus

Der islamistische Extremismus und Terrorismus in Form des gewaltbereiten transnationalen salafistischen Jihadismus stellt gegenwärtig sowie aus mittel- und langfristiger Perspektive die größte Gefährdung für die Sicherheit der Europäischen Union und Österreichs dar. Die Etablierung einer so genannten „home-grown“ Szene, die vor allem aus jungen Muslimen der Einwanderergeneration und aus zum Islam konvertierten Personen besteht, ist ein Merkmal dieser Entwicklungen und belegt, dass auch Österreich von einer ideologisierten islamistischen Radikalisierung betroffen ist.

Im Berichtsjahr hat sich auf europäischer Ebene die allgemeine terroristische Bedrohungslage verschärft. Ab Mitte des Jahres 2010 stand die Erhöhung der terroristischen Gefährdungslage in bestimmten Ländern der Europäischen Union im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung. In mehreren EU-Ländern wurden die Sicherheitsvorkehrungen verschärft.

Die Bewertung der Bedrohungslage in Europa basiert insbesondere auf dem Umstand, dass potenzielle Täter in einem terroristischen Trainingslager eine Ausbildung absolvieren und indoktriniert werden. Die mögliche Rückkehr ausgebildeter Personen stellt ein nicht unerhebliches Risikopotenzial dar. Dass die von

diesen Personen ausgehende Gefahr durchaus real ist, zeigen Anschlagversuche aus der jüngeren Vergangenheit.

Im Jahr 2010 standen im Bereich des separatistischen Extremismus und Terrorismus die Aktivitäten der PKK im Vordergrund. Die türkischen Kurden haben mit der PKK eine strukturierte Organisation mit separatistisch-marxistischer Ausrichtung in Österreich. Eine bedeutende Aufgabe der in Europa etablierten PKK-Mitglieder ist die Sicherstellung der Finanzierung des Organisationsapparates und die Versorgung der Guerillaeinheiten mit Ausrüstung, Nachschub und Personal. Die Beschaffung der Finanzmittel erfolgt durch die Einhebung von Mitgliedsbeiträgen, den Verkauf von Publikationen, den Erlösen von Veranstaltungen und die jährliche Spendenkampagne.

Im Bereich des aus Tschetschenien stammenden Extremismus und Terrorismus wurden bei den Sicherheitsbehörden Fälle von konkreten Bedrohungen gegen Tschetschenen angezeigt. Hintergrund hierfür dürfte der Konflikt innerhalb der tschetschenischen Gemeinschaft sein. Anhängerinnen und Anhänger des tschetschenischen Präsidenten Ramsan KADYROV verfolgen das Ziel, die Diaspora einzuschüchtern und sie zu „überreden“ nach Tschetschenien zurück zu kehren. Zwischen den Anhängerinnen und Anhängern des Emirats Kaukasus und denjenigen von KADYROV kam es im Jahr 2010 wiederholt zu Spannungen und vereinzelt auch zu gewalttätigen Auseinandersetzungen.

Im September 2010 endete der Prozess zu dem im Mai 2009 erfolgten Attentat gegen zwei aus Indien stammende Sikh-Gurus im „Shri Guru Ravidass Sabha“ Tempel in Wien mit der Verurteilung der sechs Angeklagten.

## 5. Nachrichtendienste und Spionageabwehr

Österreich ist aufgrund seiner geographischen Lage, wegen des Sitzes mehrerer internationaler Organisationen, aber auch wegen seiner Mitgliedschaft in der Europäischen Union und wegen seiner wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Aktivitäten, insbesondere in hochtechnologischer und energiewirtschaftlicher Hinsicht, nicht nur ein internationaler nachrichtendienstlicher Umschlagplatz,

sondern auch selbst Ziel nachrichtendienstlicher Ausspähung und Beeinflussung.

Eine hohe Zahl ausländischer Nachrichtendienste ist nach wie vor in Österreich unter der Tarnung von Botschaften, Konsulaten oder Vertretungen internationaler Organisationen und halboffiziellen Einrichtungen aktiv. Neben der Auswertung von öffentlich zugänglichen Informationen sind die geheime Werbung und Führung von Menschen als Quellen (HUMINT) und die Nutzung technischer Informationsquellen (ELINT) die zentralen Methoden. Ziele von nachrichtendienstlichen Versuchen der Ausspähung und Beeinflussung sind neben staatlichen Einrichtungen auch Organisationen der Zivilgesellschaft.

Die Bedeutung der technisch-wissenschaftlichen Ausspähung nimmt zu und damit auch die Auskundschaftung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen, dies nicht nur durch staatliche Nachrichtendienste sondern auch durch ausländische Konkurrenz.

## 6. Proliferation

Die Verhinderung der Weiterverbreitung von Technologien zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen bzw. von entsprechenden Waffenträgersystemen stellte im Jahr 2010 einen wichtigen Arbeitsbereich des .BVT dar. Die interministerielle Zusammenarbeit, Präventionsmaßnahmen mit der österreichischen Wirtschaft und die internationale Kooperation sind dabei die Grundlagen der Exportkontrolle bzw. der Einhaltung von Sanktionen und internationalen Abkommen. Aus österreichischer Sicht zählen insbesondere der Iran und Nordkorea zu den proliferationsrelevanten Staaten. Es kann von einer Fortführung der Beschaffungsbemühungen dieser beiden Länder ausgegangen werden.